



Industrie- und Handelskammer
Halle-Dessau

Vollversammlung am 7. April 2021

TOP 2 - Bericht des Präsidenten

„Die Krise überwinden – Rückschläge abwehren!“

Meine Damen und Herren, die Corona-Pandemie stellt uns alle seit mehr als einem Jahr vor besondere Herausforderungen. Die IHK ist zunehmend gefordert, in einem immer hektischeren, vielstimmigen und zunehmend disharmonischen Chor die Stimme der Vernunft zu erheben. Zum anderen dürfen wir trotz dieses Notfallmodus‘ nicht andere wichtige Zukunftsthemen außer Acht lassen: Unser Land darf nicht den Anschluss verlieren im Standortwettbewerb!

Mein Bericht besteht deshalb diesmal aus einer Reihe einzelner Debattenbeiträge, den die Kollegen aus den IHK-Ausschüssen und Arbeitskreisen mit Blick auf die verschiedenen Branchen und Themen ergänzen werden.

1. Corona-Politik: IHK kämpft für eine Perspektive!

Wir starten mit dem Thema, dass derzeit uns allen auf den Nägeln brennt: der Corona-Krise.

Konjunkturentwicklung: Die Krisenstimmung kehrt zurück!

Schauen wir zunächst auf die Fakten: Nach dem Lockdown im Frühjahr 2020 konnte die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt in vielen Bereichen schneller als erwartet wieder zur Normalität zurückkehren. Teilweise konnte sogar verlorenes Terrain zurückgewonnen werden. Bis zum Herbst schienen die Verluste überschaubar zu sein und weitgehend kompensiert werden zu können. Das änderte sich allerdings mit dem abermaligen Lockdown zum Jahresende, der für viele bis heute andauert.

Der Effekt auf die Stimmung in den Unternehmen ist wenig überraschend und schnell auf den Punkt gebracht: Im gleichen Maße, wie die wirtschaftlichen Perspektiven schwinden, wächst der Pessimismus beim Blick nach vorn. Die Krisenstimmung kehrt zurück. Die Skeptiker waren schon im vierten Quartal 2020 deutlich in der Mehrheit. In Zahlen drücken dies unsere Volkswirte so aus: Die Geschäftserwartungen sind mit -32 Prozentpunkten wieder deutlich negativ.

Und die ersten Ergebnisse der laufenden Umfrage zum ersten Quartal des Jahres 2021 bestätigen leider die pessimistischen Annahmen. Die Lage der Unternehmen verschlechtert sich deutlich: Insbesondere im Gastgewerbe und in großen Teilen des Handels, der Dienstleistungen und des Verkehrsgewerbes kippt die Stimmung. Angesichts der andauernden Krise und der schleppenden Hilfszahlungen sind strukturelle Schäden wohl nicht mehr zu vermeiden. Im Klartext: Hier geht etwas zu Bruch, was nicht so einfach repariert werden kann.

Nirgendwo trifft das wohl mehr zu als im Gastgewerbe, mittlerweile seit mehr als fünf Monaten im harten Lockdown. Wie der IHK-Tourismusausschuss die aktuelle Lage sieht, berichtet Ihnen jetzt Herr Vizepräsident Michael Pirl.

Herr Vizepräsident Pirl: Bericht aus dem Tourismusausschuss

Vielen Dank für die eindringlichen und sehr persönlichen Worte, Herr Pirl.

Schauen wir auf eine weitere besonders betroffene Branche: Der Handel – genauer: der Einzelhandel – darf ja neuerdings unter Auflagen wieder öffnen. Wie das in der Branche angekommen ist, berichtet uns nun die stellvertretende Vorsitzende des Handelsausschusses, Frau Verena Schiffner.

Frau Schiffner: Bericht aus dem Handelsausschuss

Vielen Dank, Frau Schiffner.

Die Maßnahmen auf Bundesebene wirken zunehmend planlos, ratlos und mutlos. Eindämmungsmaßnahmen, mit denen zahlreiche Unternehmen geschlossen und viele weitere Freiheiten eingeschränkt wurden, bringen weite Teile der Unternehmerschaft über die Schmerzgrenze.

Massive wirtschaftliche Schäden sind bereits zu beklagen. Und auch langfristig ist unser wirtschaftlicher Erfolg in Gefahr: Die Reserven sind bei vormals gesunden Unternehmen aufgezehrt, und vermutlich nicht wenige sind akut von der Insolvenz bedroht. Wir verzeichnen aber nicht allein Verwerfungen im Wirtschaftssystem. Wir sehen auch die negativen Folgen für das Gesundheitssystem, die Sozialsysteme, das Bildungssystem und somit unser Gemeinwesen insgesamt.

Wichtiger denn je ist, dass die IHK mit starker Stimme die Interessen der Unternehmen gegenüber Politik und Verwaltung vertritt, teilweise vor und teilweise hinter den Kulissen.

Zuletzt hat das Präsidium ein Positionspapier zur Corona-Politik verabschiedet, mit dem sich die IHK an die Politik und Öffentlichkeit gewandt hat. Diesem Papier vorgeschaltet war ein kurzes Statement, das klar und deutlich die Unzufriedenheit der Unternehmerschaft mit grundsätzlichen Aspekten der Corona-Politik insbesondere auf Bundesebene zum Ausdruck brachte.

Wir fordern eine echte Öffnungsperspektive – die mehr als nur einige Tage trägt – und einen verbindlichen Stufenplan für die Wirtschaft. Tatsächlich hat unsere Landesregierung dann einen solchen abgestuften „Sachsen-Anhalt Plan“ zur Diskussion gestellt. Gestützt auf zahlreiche substantielle Rückmeldungen aus den IHK-Fachgremien haben wir uns gezielt eingebracht:

- Wir haben das Vorhaben an sich gelobt – ein Stufenplan entsprach ja genau unseren Vorstellungen.
- Allerdings haben wir kritisiert, dass der „Sachsen-Anhalt-Plan“ bei weitem nicht ambitioniert genug ist und immer noch zu stark auf willkürlich erscheinende Inzidenzzahlen als Hauptkriterium basiert.
- Und wir haben klargestellt: Würden unternehmerische Kreativität und Eigenverantwortung stärker für die Pandemiebekämpfung genutzt, könnten viele Branchen schon jetzt öffnen. Und im Übrigen wären wir beim Impfen gewiss sehr viel weiter.

Mein Eindruck ist, dass wir damit zumindest bei unserer Landesregierung durchdringen konnten. Einige Sonderregelungen der letzten Tage in Sachsen-Anhalt zeigen, dass unsere Botschaft in verstanden wurde und wird: Im Gegensatz zu anderen Bundesländern klebt unser Land nicht mehr sklavisches an sogenannten Inzidenzwerten.

Die Spitzenverbände der Wirtschaft haben die deutschen Unternehmen aufgerufen, ihren Beschäftigten auf eigene Kosten Selbsttests anzubieten. Viele Unternehmen sind hier schon aus Eigeninteresse aktiv. Damit wird deutlich: Auch die Unternehmen leisten ihren Anteil. Ich will es hier noch einmal in aller Deutlichkeit sagen: Die Wirtschaft ist Teil der Lösung, nicht Teil des Problems!

Deutlich wird das auch bei dem Engagement der Unternehmen in der betrieblichen Berufsausbildung. Wie sich die Pandemie dort ausgewirkt hat, berichtet uns jetzt Frau Vizepräsidentin Kerstin Kühne.

Frau Vizepräsidentin Kühne: Bericht aus dem Arbeitskreis Bildung

Vielen Dank, Frau Kühne. Sich den Herausforderungen zu stellen heißt für die IHK also neben der Interessenvertretung auch, Unternehmen in Not akut zu helfen. Dafür hat die IHK eine telefonische Corona-Hotline eingerichtet, und stellt online vielfältige Informationsmöglichkeiten bereit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
bei aller intensiven Arbeit gegen die Folgen der Pandemie dürfen wir aber auch die anderen Themen nicht aus dem Auge verlieren. Es zeichnen sich Rückschläge ab, die die Zukunft unseres Standortes gefährden. Und damit sind wir beim zweiten Teil unserer heutigen Diskussion.

2. Die Zukunft unseres Standortes: Rückschläge abwehren!

Auch abseits der Corona-Krise erleben wir im Wahljahr 2021 so manch fragwürdige Weichenstellung. Das gilt für einige Politikfelder – ich möchte mich auf drei beschränken:

- Die **Energiepolitik** ist für unseren Industriestandort wichtig –
- ebenso wie der Dauerbrenner **Abfallentsorgung**
- und die **Rahmenbedingungen für unsere Exportwirtschaft** drohen sich zu verschlechtern.

Kohlekompromiss: Nicht in Frage stellen!

Ein vermeintlich einfacher Vorgang wie die Umsetzung von EU-Grenzwerten in deutsches Recht kann mitunter zum Spielball divergierender politischer Interessen werden. Die Novelle der sogenannten 13. und 17. Bundesimmissionsschutzverordnung unter anderem für Großfeuerungsanlagen mit mehr als 50 Megawatt Leistung ist dafür ein anschauliches Beispiel.

Zulässige Emissionsgrenzwerte für diese Anlagen werden von Expertengruppen in Brüssel festgelegt. Die Fachleute unter Ihnen kennen das als BVT-Schlussfolgerungen – “BVT“ steht dabei für **b**este **v**erfügbare **T**echniken. Diese sind dann innerhalb von vier Jahren in nationales Recht umzusetzen und von Anlagenbetreibern einzuhalten.

Leider nimmt es aber die Bundesregierung mit Fristen nicht immer so genau. Die Umsetzungsfrist läuft bereits im August 2021 ab. Notwendige Anpassungen der Anlagen sind so schnell nicht zu realisieren. Bereits das ist ärgerlich, aber darauf möchte ich gar nicht hinaus. Vielmehr möchte ich Sie darüber informieren, auf welche Weise sich pragmatische Regierungspolitik auf der einen und farbige Parteipolitik auf der anderen Seite ins Gehege kommen können, wenn die nächste Wahl vor der Tür steht. Konkret geht es hier um die Quecksilberemissionen bei der Verbrennung von Kohle.

Bei der erwähnten Novelle der Bundesemissionsschutzverordnung hat die Bundesregierung – anders als bei der Umsetzung umweltpolitischer Vorgaben aus Brüssel in deutsches Recht in der Vergangenheit sonst schon mehrfach der Fall – diesmal “keinen draufgesetzt”. Das heißt, sie hat sich mit einer Eins-zu-Eins-Umsetzung begnügen und auf jedwede Verschärfung verzichten wollen. Nicht so die Grünen! Die Grünen wollen den pragmatischen Entwurf blockieren bzw. ablehnen und stattdessen eine Verschärfung durchsetzen. Damit jedoch würde gegen eine wesentliche Bestimmung des sog. „Kohlekompromisses“ verstoßen, der vor zwei Jahren wirksam erreicht wurde: Darin ist nachzulesen, dass spätere Rechtsänderungen im Umwelt- und Planungsrecht das erzielte Ergebnis der Kommission nicht gefährden oder unterlaufen sollen. Auf die Novellierung der 13. und 17. Bundesimmissions-schutzverordnung wird konkret verwiesen. Die Bundesregierung hat hier also Wort gehalten.

Im Bundestag haben die Grünen jedoch einen Änderungsantrag mit noch schärferen Grenzwerten für Quecksilber und auch für Stickoxide gestellt. Technische und betriebswirtschaftliche Aspekte scheinen hier offenbar nur eine untergeordnete Rolle zu spielen. Leider! Denn: Mit den geforderten, schärferen Grenzwerten könnten Kohlekraftwerke schlicht nicht wirtschaftlich betrieben werden. Die Konsequenz wäre ein Ende der Kohleverstromung „durch die Hintertür“ und zwar nicht erst bis 2038, sondern viel früher. Im Ergebnis wäre das politische Ziel der Grünen, einen noch schnelleren Kohleausstieg zu bewirken, damit über diesen Umweg erreicht.

Und auch andere Anlagenbetreiber von chemischer Industrie über Abfallverbrennung bis zu KWK-Anlagen würden durch die neuen Grenzwerte vor erhebliche technische und vor allem wirtschaftliche Herausforderungen gestellt.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich deutlich werden: Hier wird die Axt an die Wurzel unserer Industrie gelegt. Es kann und darf nicht sein, dass wir den Kern von Wertschöpfung und Wohlstand auf dem Altar einer immer schärferen Umweltpolitik opfern! Doch die Grünen lassen nicht locker. Zwar sind sie mit ihrem Verschärfungsantrag im Bundestag gescheitert. Aber sie wollen nun über den Bundesrat ihr Ziel erreichen:

So wurde über grün geführte Umweltministerien der Länder Anfang des Jahres ein entsprechend verschärfter Änderungsantrag für den Bundesrat vorbereitet.

Als wir dies erfahren haben, hat sich unsere IHK an den Ministerpräsidenten gewandt mit der Bitte, dass Sachsen-Anhalt einer solchen Verschärfung im Bundesrat nicht zustimmt. Er hat uns signalisiert: Sachsen-Anhalt gehört – trotz eines grün geführten Umweltministeriums – nicht zu den Antragstellern, immerhin.

Wir haben auch die für Energie zuständige Umweltministerin und den Wirtschaftsminister über unsere Bitte an den Ministerpräsidenten informiert. Interessant sind die aktuellen Antworten beider. Die Umweltministerin bekundet zwar Verständnis für unsere Sorgen wegen zu erwartender Mehrbelastungen für Unternehmen, will aber von der Initiative für noch schärfere Grenzwerte nicht abrücken.

Herr Prof. Willingmann als Wirtschaftsminister steht dagegen an der Seite der (Industrie-)Unternehmen, teilt unsere Bedenken teilt und lehnt eine Verschärfung sowie damit verbundene zusätzliche Belastungen für die Wirtschaft strikt ab.

Für Sachsen-Anhalt heißt das laut Koalitionsvertrag Enthaltung im Bundesrat, wenn keine gemeinsame Position der Koalition aus CDU, SPD und Grünen gefunden wird. Eine ähnliche Koalitionsarithmetik gibt es auch in den anderen 11 Bundesländern, in denen die Grünen an der Regierung beteiligt sind.

Der Gipfel des Ganzen war dann die Sitzung des Bundesrates am 26. März, die hierzu beschließen sollte. Nur dazu kam es nicht, der Tagesordnungspunkt wurde - offensichtlich wegen der erheblichen politischen Unstimmigkeiten - abgesetzt und soll nun im Mai beraten werden. Die Politik streitet, Ausgang offen. Und die Unsicherheiten für die Wirtschaft bleiben – vor allem mit Blick auf die von der EU vorgegebene Umsetzungsfrist bis August 2021. Das ist schlichtweg nicht mehr zu schaffen und Strafzahlungen der EU drohen der Bundesrepublik.

Meine Damen und Herren, Sie sehen auch hier: Wachsam sein beim Blick auf die politische Agenda – das ist ein wichtiger Teil der IHK-Arbeit. Auch aus Brüssel erwarten uns „gigantische Herausforderungen“ in der Energiepolitik, wie uns jetzt Herr Vizepräsident Dr. Christof Günther berichten wird.

Herr Vizepräsident Dr. Günther: Bericht aus dem Arbeitskreis Energiepolitik

Vielen Dank, Herr Dr. Günther. Manchmal gelingt es der IHK-Organisation in der Tat, das Schlimmste zu verhindern – dafür habe ich jetzt noch ein weiteres Beispiel für Sie.

BEHG (Brennstoffemissionshandelsgesetz): Teilerfolg bei den Entlastungsmöglichkeiten!

Wie Sie wissen, haben sich zu Beginn des Jahres die Kosten für Heiz- und Kraftstoffe infolge des neuen CO₂-Preises erhöht. Für Unternehmen, die große Fuhrparks, Kühl-, Heiz- oder Druckluftanlagen betreiben, ist dies besonders belastend.

Die Bundesregierung hat aus diesem Grund die Möglichkeit einer Entlastung im BEHG gesetzlich verankert. Während der CO₂-Preis zum ersten Januar wirksam wurde, ist von der Entlastung noch nichts zu spüren. Nach dem Referentenentwurf war eine echte Entlastung nicht zu erwarten.

Wir haben daraufhin die fachlich zuständigen Minister im Land angeschrieben – und mit uns viele IHKn aus anderen Bundesländern. Im Kern baten wir darum, die Politik möge von den im Gesetz vorgesehenen Entlastungsmöglichkeiten Gebrauch machen und durch eine entsprechende Verordnung auf den Weg bringen.

Der Appell ist erfreulicherweise angekommen. Der Bundesrat hat beschlossen, dass in einer solchen Verordnung...

- ... der innereuropäische Wettbewerb berücksichtigt werden muss, da es einen Unterschied macht, ob der Konkurrent nebenan in Polen oder im fernen Amerika sitzt;
- ... KMU nicht schlechter gestellt werden dürfen als große Unternehmen, die am europäischen Emissionshandel teilnehmen und
- ... eine branchenübergreifende Entlastung enthalten sein sollte, da nicht nur die Industrie, sondern etwa auch Fuhrparkbetreiber von einem Verlagerungsrisiko betroffen sein können.

Der Bundesrat muss dieser Verordnung zwar nicht zustimmen. Dank seiner starken Stimme waren wir aber optimistisch, dass das Bundesumweltministerium die Meinung des Bundesrats ernst nimmt und am Verordnungsentwurf noch etwas ändert. Vergangene Woche hat die Bundesregierung nun die entsprechende Verordnung mit einigen Änderungen in unserem Sinne beschlossen.

Dass sich am Ball zu bleiben lohnt, rufen wir gerne auch Herrn Schulze zu. Der Arbeitskreis Betrieblicher Umweltschutz, dem er vorsitzt, ringt schon seit Jahren um Entsorgungssicherheit in Sachsen-Anhalt. Herr Schulze, bringen Sie uns bitte kurz auf den neuesten Stand.

Herr Schulze: Bericht aus dem Arbeitskreis Betrieblicher Umweltschutz

Herr Schulze, haben Sie herzlichen Dank!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, um die Krise zu überwinden und vor allem den wirtschaftlichen Wiederaufbau voranzutreiben, sollten alle an einem Strang ziehen. Das wird leider nicht überall in der Politik so gesehen. Langfristig gefährdet das dann den wirtschaftlichen Erfolg des Landes insgesamt. Herr Koschmieder, Vorsitzender des Arbeitskreises Außenwirtschaft hat jetzt zwei Beispiele aus der Exportwirtschaft für uns.

Herr Koschmieder: Berichte aus dem Arbeitskreis Außenwirtschaft

Vielen Dank, Herr Koschmieder. Unternehmen werden unter Generalverdacht gestellt und zudem Rahmenbedingungen ausgesetzt, die einem das Geschäft erschweren. Da ist es – überspitzt gesagt – fast ein Wunder, wenn sich überhaupt noch Mutige finden, die ein Unternehmen gründen.

Und das bringt uns zum abschließenden Thema: Die Unternehmerschaft hier in Sachsen-Anhalt schrumpft. Und dies vor allem gefährdet die Zukunft unseres Standorts!

Unternehmensnachfolge: Eine besondere Standortsicherung!

In Sachsen-Anhalt suchen jedes Jahr mehr als 700 Unternehmer einen Nachfolger – für jeweils etwa 200 gestaltet sich der Nachfolgeprozess alljährlich sehr schwierig. Die Corona-Pandemie hat die Situation noch verschärft, insbesondere im Handel und im Hotel- und Gaststättengewerbe: Wer aufgibt, gibt nichts weiter. Und mögliche Übernehmer denken zweimal nach. Unsere Beratungen zur Unternehmensnachfolge sind im vergangenen Jahr verglichen mit 2019 um rund ein Viertel gesunken: von 440 auf 317.

Dieser besonderen Aufgabe zur Standortsicherung hat sich die IHK gemeinsam mit den anderen gewerblichen Kammern im Land in der Nachfolgewoche Sachsen-Anhalt Anfang März gestellt.

Mehr als 150 Unternehmer und potenzielle Nachfolger haben die vom Netzwerk Unternehmensnachfolge Sachsen-Anhalt angebotenen virtuellen Veranstaltungen und Sprechtagen genutzt, um sich Rat und Unterstützung zu holen.

Was das Netzwerk Unternehmensnachfolge anbietet und leisten können Sie unter: www.unternehmensnachfolge-lsa.de erfahren. Dort finden Sie auch den „Maßnahmenplan für mehr gelingende Unternehmensnachfolgen in Sachsen-Anhalt“. Ganz oben steht da die Forderung nach einem „Übernehmer-Zuschuss“: Hier schwebt uns eine Art Personalkostenzuschuss vor – eine finanzielle Unterstützung bei der Einstellung eines potenziellen Nachfolgers, um externen Nachfolgern die Vorbereitung auf ihren „Antritt“ im Unternehmen zu erleichtern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir können eines festhalten: Die Herausforderungen für uns als Vertreter der heimischen Unternehmerschaft sind in den letzten Monaten gewachsen: Wir müssen nicht nur einen Beitrag leisten, um die Krise zu überwinden.

Wir müssen uns darüber hinaus dafür einsetzen, dass unser Standort eine Zukunft hat. Das kann nur gelingen, wenn wir weitere Belastungen vermeiden und Unterstützung erwirken oder sogar selbst anbieten.

Das alles ist ein hartes Stück Arbeit! Aber es kann gelingen!

Herzlichen Dank Ihnen allen.